
PRESSE-DIENST

VEREINIGUNG DER UNTERNEHMENSVERBÄNDE IN HAMBURG UND SCHLESWIG-HOLSTEIN
BDI-LANDESVERTRETUNG SCHLESWIG-HOLSTEIN

... Sommerpressekonferenz 2017 ... Sommerpressekonferenz 2017 ... Sommerpressekonferenz 2017 ...

Ergebnisse der UVNord-Sommer-Politikumfrage (Schleswig-Holstein)

Aktualität: 13. Juli 2017

Die Unternehmen in Schleswig-Holstein sind zum Koalitionsvertrag der neuen Landesregierung (CDU-FDP-Grüne-Koalition) und den Erwartungen an die einzelnen Ministerien befragt worden.

Ein weiterer Schwerpunkt der Befragung war die Zusammenarbeit mit der Freien und Hansestadt Hamburg.

Bewertung des Koalitions- vertrages der neuen schleswig- holsteinischen Landesregierung („Jamaika-Koalition“)

90 %¹ der befragten Unternehmen sind mit dem Koalitionsvertrag der neuen Landesregierung zufrieden, 10 % unzufrieden.

Unternehmen, die zufrieden mit den Ergebnissen der Koalitionsverhandlungen sind, loben die gute Schwerpunktsetzung im Bereich Investitionen, Verkehr und Mittelstand und sehen in dem Koalitionsvertrag den bestmöglichen Kompromiss aller Beteiligten. Auch die Stärkung der Kreativwirtschaft wird positiv hervorgehoben.

Unternehmen, die mit den Ergebnissen der Koalitionsverhandlungen unzufrieden sind, kritisieren den Vorschlag für ein bedingungsloses Grundeinkommen in Höhe von 1.000 € und bemängeln, dass in dem Koalitionsvertrag häufig lediglich „Willensbekundungen“ ohne konkrete Maßnahmen genannt worden sind.

¹ Die Zahlen beziehen sich ausschließlich auf die an der Umfrage beteiligten Unternehmen. Sie sind nach kaufmännischen Gesichtspunkten gerundet.

Erwartungen an die Landesregierung in Schleswig-Holstein

Von der am 7. Mai d.J. gewählten Landesregierung erwarten die Unternehmen die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur, insbesondere den zügigen Weiterbau der A20 mit westlicher Elbquerung, eine mittelstandsfreundliche Politik, die Stärkung des Wirtschaftsstandortes und einen einheitlichen und den klaren Willen, in der neuen Legislaturperiode Schleswig-Holstein gemeinsam erfolgreich zu regieren. Daneben stehen Haushaltskonsolidierung, eine Verwaltungs- und Strukturreform sowie Bürokratieabbau und Deregulierung ganz oben in den Erwartungen.

Von den nachfolgend genannten Ministerien der neuen Landesregierung erwarten die Unternehmen:

Der Ministerpräsident / Staatskanzlei

Vom Ministerpräsidenten bzw. der Staatskanzlei erwarten die Unternehmen, dass eine junge, moderne und zukunftsfähige Politik in Schleswig-Holstein gemacht wird, damit auch eine bessere Darstellung und Wahrnehmung von Schleswig-Holstein über die Landesgrenzen hinaus erreicht wird. Primär soll der Ministerpräsident auch als politischer Innovationstreiber für das Land fungieren.

Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur (Karin Prien)

Von dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur erwarten die Unternehmen einen vertieften Transfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft sowie die intensive Umsetzung des Konzepts „Jugendberufsagentur“ im Land. Die Unternehmen fordern zudem die Förderung der dualen Berufsausbildung sowie eine Verbesserung der Ausstattung von allgemeinbildenden und Berufsschulen. Die zeitnahe Gründung eines „SHIBB“ wird ebenso erwartet. Die befragten Unternehmen fordern zudem nach der Rückkehr zu G9 einen mindestens 10-jährigen Schulfrieden, um das Schulsystem nicht mit Reformen zu überfordern.

Ministerium für Energiewende,

Die schleswig-holsteinischen Arbeitgeber erwarten vom

**Landwirtschaft, Umwelt, Natur
und Digitalisierung**
(Dr. Robert Habeck)

Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung eine Stärkung der Landwirtschaft, die Weiterentwicklung des Umweltschutzes, ohne die Wirtschaft durch zu hohe Anforderungen in der Entwicklung zu bremsen. Des Weiteren wird der Ausbau des digitalen Netzes (Breitbandausbau) ganz oben auf der Agenda gesehen, ebenso die Weiterentwicklung der Energiewende mit Augenmaß.

Finanzministerium
(Monika Heinold)

Von dem Finanzministerium erwarten die befragten Unternehmen eine solide Finanzierung des Landeshaushaltes und einen starken Fokus auf den Schuldenabbau sowie die Einhaltung der Schuldenbremse. Außerdem wird von den befragten Unternehmen die zügige Reduktion der Grunderwerbssteuer gefordert sowie eine Erhöhung der echten Investitionen. Die befragten Unternehmen erwarten darüber hinaus einen professionellen Verkauf der HSH-Nordbank.

**Ministerium für Inneres,
ländliche Räume und
Integration**
(Hans-Joachim Grote)

Von dem Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration erwarten die befragten Unternehmen einen klaren Kurs in der Bekämpfung von Rechts- und Linksradikalismus sowie einen besseren Schutz vor Kriminalität. Die Ausstattung der Polizei sollte der Sicherstellung der inneren Sicherheit gerecht werden. Außerdem werden innovative Integrationsmaßnahmen für Schutzsuchende gefordert, aber gleichzeitig auch die konsequente Rückführung von abgelehnten Asylantragstellern.

**Ministerium für Justiz, Europa,
Verbraucherschutz und
Gleichstellung**
(Dr. Sabine Sütterlin-Waack)

Von dem Ministerium für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung erwarten die befragten Unternehmen ein härteres Durchgreifen gegenüber Straftätern, schnellere Justizverfahren sowie eine Entlastung der Staatsanwaltschaften. Zudem erwarten die Unternehmen einen gesunden Blick auf Gleichstellung und Verbraucherschutz, ohne eine Überregulierung zu erzeugen.

Ministerium für Soziales,

Vom Ministerium für Soziales, Gesundheit, Jugend,

**Gesundheit, Jugend, Familie
und Senioren**
(Dr. Heiner Garg)

Familie und Senioren erwarten die Unternehmen einen Ausbau der Kindertagesstätten, eine stärkere Familienförderung sowie eine Unterstützung von Schwerbehinderten bei der Integration in den ersten Arbeitsmarkt. Ebenso wird eine Auseinandersetzung mit der Finanzierung der Pflegekosten und dem Bereich Krankenhausfinanzierung gefordert.

**Ministerium für Wirtschaft,
Verkehr, Arbeit, Technologie
und Tourismus**
(Dr. Bernd Buchholz)

Von dem Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus erwarten die Unternehmen erhebliche Anstrengungen zum Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, wie u. a. der zügigen Fortführung der A20 mit westlicher Elbquerung, ein klares Bekenntnis zur festen Querung über den Fehmarnbelt und hohes Engagement für den Ersatz der Rader Hochbrücke. Weitere Forderungen sind die Weiterentwicklung des Wirtschaftsstandortes sowie ein verstärktes Marketing für Schleswig-Holstein auf internationalen Plattformen. Insgesamt muss die Verkehrsplanung und die Instandsetzung der Landesstraßen schnellstmöglich vorangetrieben werden. Des Weiteren gilt es, Schleswig-Holstein tatsächlich zum mittelstandsfreundlichsten Bundesland in Deutschland zu entwickeln. Auch der Industrie muss wieder die notwendige politische Aufmerksamkeit entgegengebracht werden, am besten gemeinsam mit Hamburg.

**Zusammenarbeit
Schleswig-Holsteins mit der
Freien und Hansestadt Hamburg**

95 % der befragten Unternehmen erwarten von der neuen Landesregierung, dass die derzeitige Zusammenarbeit Schleswig-Holsteins mit Hamburg weiter vertieft wird, nur 5 % erwarten eine eingeschränkte Zusammenarbeit.

Die Unternehmen erwarten, dass die Zusammenarbeit der beiden Bundesländer intensiv fortgesetzt wird. Insbesondere wird eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe gefordert, um gemeinsam stark aufzutreten und dem Norden mehr Gewicht zu verleihen. Ein wichtiger Blick soll auf die Weiterentwicklung der Metropolregion gelegt werden. Außerdem wird ein gemeinsames Marketingkonzept und landesübergreifende Anstrengungen zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur gefordert. Als langfristiges Ziel wird häufig der sogenannte Nordstaat genannt.

Fazit

Die schleswig-holsteinische Wirtschaft ist insgesamt mit dem Koalitionsvertrag „Das Ziel verbindet: weltoffen – wirtschaftlich wie ökologisch stark – menschlich“ der Jamaika-Koalition zufrieden.

Hohe Erwartungen beruhen auf dem Ministerpräsidenten, der mit junger, moderner und zukunftsfähiger Politik Innovationstreiber für das Land sein soll.

UVNord ist der wirtschafts- und sozialpolitische Spitzenverband der norddeutschen Wirtschaft und vertritt über seine 86 Mitgliedsverbände die Interessen von rund 43.000 Unternehmen in Hamburg und Schleswig-Holstein, in denen heute über 1,56 Millionen Menschen versicherungspflichtige Beschäftigung finden. UVNord ist zugleich die schleswig-holsteinische Landesvertretung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI).

UVNord führt regelmäßig Umfragen zur konjunkturellen Lage und zur politischen Situation in Schleswig-Holstein und Hamburg durch.

Ansprechpartner: Sebastian Schulze, Geschäftsführer und Pressesprecher
Telefon: 040 – 637851-23 (Hamburg), 04331 – 1420-55 (Rendsburg),
E-Mail: schulze@uvnord.de,
www.uvnord.de

17. Juli 2017